

Ich verweise auf den Statusbericht zum 30.06.2016 und die Berichterstattung im Projektionsgespräch am 11. Nov. 2016.

<b>1</b>	<b>Erneuerung der Straßenbeleuchtung</b>
----------	--

Maßnahme umgesetzt.

<b>2</b>	<b>Schließung der Hauptschule</b>
----------	-----------------------------------

Der Schulbetrieb wurde zur Jahresmitte eingestellt.

Nach der Stilllegung soll das Gebäude veräußert oder anderweitig genutzt werden. Teilflächen des Gebäudes wurden zum 01.08.2016 übergangsweise einer Nutzung gegen Entgelt für eine Maßnahme der Flüchtlingsintegration durch einen privaten Bildungsträger zugeführt.

Die angegliederte Sporthalle wurde einem Sportverein zur Nutzung gegen Kostenerstattung überlassen, da die Nutzung für den Schulsport entfallen ist. Über eine weitere Teilfläche (ehemalige OGS-Bereich unter der Turnhalle) wird mit den örtlichen Vereinen verhandelt, die dort möglicherweise einen Treffpunkt einrichten wollen und die Fläche gegen Kostenerstattung übernehmen sollen.

<b>3</b>	<b>Schließung eines Grundschulstandorts</b>
----------	---

Der Schulbetrieb wurde zur Jahresmitte eingestellt.

Nach der Stilllegung soll das Gebäude veräußert oder anderweitig genutzt werden. Die angegliederte Sporthalle wurde einem Sportverein zur Nutzung gegen Kostenerstattung überlassen, da die Nutzung für den Schulsport entfallen ist.

<b>4</b>	<b>Schließung des Lehrschwimmbeckens</b>
----------	--

Kein neuer Sachstand; die Maßnahme ist umgesetzt.

<b>5</b>	<b>Personalreduzierung Bauhof</b>
----------	-----------------------------------

Die Beratung zur Umsetzung des gemeinsamen Baubetriebshofs in der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Nachrodt-Wiblingwerde und Altena zum 01.01.2016 ist abgeschlossen. Die Beratung erfolgte im Auftrag der GPA NRW durch das Beratungsunternehmen Rödel & Partner. Der Abschlussbericht liegt vor.

Es ist festzustellen, dass mittelfristig ein Stellenabbau von rund einem Fünftel der Stellen (ausgehend von rd. 33 Stellen nach erfolgter Zusammenlegung) erfolgen kann, wenn weitere Leistungen privatisiert werden, ein Standardabbau erfolgt und die Leitungsstrukturen angepasst werden. Der bisher erfolgte Stellenabbau von 2012 - 2015 ist mit 312 Tsd. Euro zu beziffern..

Im laufenden Jahr 2016 wurden deutlich mehr Stellen abgebaut als geplant. Ein Mitarbeiter ist verstorben, zwei Mitarbeiter sind altersbedingt ausgeschieden, ein weiterer vorzeitig.

Im Winterdienst und in der Straßenunterhaltung wurden Teilleistungen privatisiert.

Der Umsetzungsprozess wird von der GPA NRW begleitet.

<b>6</b>	<b>Reduzierung Fuhrpark Bauhof</b>
----------	------------------------------------

Kein neuer Sachstand; die Maßnahme ist umgesetzt.

Ein Fahrzeug wurde im Jahr 2014 aufgegeben, ein weiteres im Jahr 2015. Rödel & Partner beziffert das weitere Einsparpotential bei Fahrzeugen und Geräten mit 75 Tsd. Euro.

<b>7</b>	<b>Aufgabenkritik und Personalreduzierung Verwaltung</b>
----------	--

Die Personalreduzierung bis 2021 ist im Haushalt 2016 bzw. in der Finanzplanung 2017 - 2019 sowie in der Sanierungsplanung (Muster 1) berücksichtigt. Die Personalkostensteigerungen wurden gemäß Orientierungsdaten berücksichtigt (2016: 2%, danach 1%).

Folgende Stellen werden in den folgenden Jahren altersbedingt zu Disposition stehen:

2017: 1,00 VZÄ-Stelle,  
2018: 1,00 VZÄ-Stelle,  
2019: 1,95 VZÄ-Stellen.

Darüber hinaus haben im Herbst 2016 zwei Mitarbeiter angekündigt vorzeitig in Rente bzw. in Pension zu gehen. Ein weiterer Beamter des geh. Dienstes ist bereits zum 1.10.2016 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Pension gegangen. Diese Stellen können nicht vollständig abgebaut werden. Eine Stundenreduzierung bzw. die Besetzung der Stellen mit jüngeren Kräften führt aber in jedem Fall zu einer Senkung der Personalkosten.

Größere Einsparungen ergeben sich dann in den Jahren 2020 (1,99 VZÄ-Stellen) und 2021 (6,56 VZÄ-Stellen).

Mit Blick auf die Jahre 2020 und 2021 muss auf Anregung der Fa. Kienbaum, die im Jahr 2014 eine Analyse des Stellenabbaus vorgenommen hat, ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt werden, da dann auch Leitungs- und Funktionsstellen betroffen sind, zumal der Altersdurchschnitt der Verwaltung schon jetzt mit 54 Jahren (2021: 56 Jahre) überdurchschnittlich hoch liegt.

Die GPA führt dazu aktuell gemeinsam mit der Verwaltungsführung und dem Personalrat eine Begutachtung zur Personalentwicklung durch. Ergebnisse sind im 1.Quartal 2017 zu erwarten.

<b>8</b>	<b>Eigenkapitalverzinsung Abwasserwerk</b>
----------	--

Keine Änderung des Sachstands.

Die zweite Stufe der Eigenkapitalverzinsung erfolgt wie geplant in 2016. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Abwasserwerks konnte im Jahr 2016 ein Mehrertrag in Höhe von 123 Tsd. Euro gegenüber der Planung (300 Tsd. Euro) erzielt werden.

Für 2016 und in den Folgejahren wird in der zweiten Stufe der Maßnahme ein Ertrag in Höhe von 600 Tsd. Euro erwartet.

<b>9</b>	<b>Reduzierung der Zuschüsse Musikschule</b>
----------	--

Das vorgesehene Konsolidierungsziel von 25 Tsd. Euro wird mit 15.700 Euro in 2016 nicht erfüllt. Die Musikschule konnte durch vermehrten Gruppenunterricht, organisatorische Umstrukturierungen sowie durch Beitragserhöhungen einige Ertragsverbesserungen erzielen. Die Umlagereduzierung für die Kommunen konnte bisher noch nicht im erforderlichen Umfang erfolgen, da unter den Mitgliedsstädten unterschiedliche Positionen bestehen.

Eine Beratung seitens der GPA in Verbindung mit dem Landesverband der Musikschulen hat kein nennenswertes zusätzliches Einsparpotential aufgezeigt. Weitere Synergieeffekte sollen sich durch die geplante Aufnahme der Gemeinde Finnentrop zum 01.01.2017 ergeben, die der Rat der Stadt Altena (Westf.) zugestimmt hat. Dabei ist eine Neufassung der Satzung der Musikschule erforderlich, bei der die Interessen der Stadt weitestgehend gesichert wurden.

Der Vorstand der Musikschule wurde beauftragt über das weitere Vorgehen zu beraten.

<b>10</b>	<b>Betriebskostenzuschüsse der Vereine für Sportstätten</b>
-----------	---

Das Konsolidierungsziel von 36 Tsd. Euro wird um rd. 10 Tsd. Euro verfehlt. Eine Fremdnutzung der Sporthallen durch auswärtige Nutzer oder Vereine folgt derzeit so gut wie nicht. Eine Anhebung der Gebührensätze wird aufgrund der zurückgehenden Mitgliederzahlen als kritisch angesehen.

Die GPA hat im Rahmen der überörtlichen Prüfung mittelfristig einen Überhang von 1,5 Hallenflächen für den Betrieb des Sportunterrichts ermittelt. Noch im Sommer 2016 wurden zwei Hallenflächen auf Sportvereine übertragen, da an diesen Stellen keine Nutzung für den Schulsport gegeben ist (siehe oben lfd. Nr. 1 u. 2). Im Gegenzug entfallen die Betriebskostenzuschüsse.

<b>13</b>	<b>Landeshilfe U3 Betreuung</b>
-----------	---------------------------------

Kein neuer Sachstand.

<b>15</b>	<b>Sanierungsbeitrag Bibliothek</b>
-----------	-------------------------------------

Die erste Konsolidierungsphase ist abgeschlossen. Eine Teilfläche der Bücherei wurde vermietet (6.000 Euro).

Die vorgenommene Gebührenerhöhung hat nicht zu Mehrerträgen geführt. Zur Attraktivitätssteigerung wurde im Rahmen eines Pilotversuchs ohne personelle Mehraufwendungen mit ehrenamtlicher Unterstützung eine regelmäßige Samstagsöffnung eingeführt. Aus der Kooperation mit der Gemeindebücherei Nachrodt-Wiblingwerde entstehen Einnahmen in Höhe von 2.000 Euro. Im Gegenzug sind im Konsolidierungszeitraum seit Beginn der Konsolidierungsphase die Bewirtschaftungskosten, u.a. durch erhöhte Energiekosten sowie die Personalaufwendungen durch Tarifsteigerungen (ohne Personalausweitung) gestiegen.

Die umgesetzten Konsolidierungen wurden bereits im Haushalt 2016 übernommen, wobei das Konsolidierungsziel von 18 Tsd. Euro um 6 Tsd. Euro verfehlt wird. Für 2017 ist eine Anpassung des Konsolidierungsziels vorgenommen worden.

Die Kompensation erfolgt in 2016 wie geplant durch die neue HSP-Maßnahme „Trägerschaft Förderschule“.

<b>16</b>	<b>Kostenreduzierung Obdachlosenunterkunft</b>
-----------	--

Nachdem die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Obdachlosenunterbringung gescheitert ist, hat der Rat Mitte 2015 entschieden, die Unterkunft am bisherigen Standort zu belassen. Die Verwaltung ist beauftragt, mit Interessenten für eine private Bewirtschaftung des Objekts zu verhandeln.

Aufgrund einer längeren Erkrankung des zuständigen Abteilungsleiters konnten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Einsparungen werden deshalb erst ab Mitte 2017 erwartet.

Die Konsolidierungseffekte sind in der Finanzplanung bisher noch nicht berücksichtigt.

<b>17</b>	<b>Reduzierung Zuschüsse VHS</b>
-----------	----------------------------------

Der Sachstand ist nahezu unverändert gegenüber der Berichterstattung zum 01.12.2015 und zum 30.06.2016. Das Jahresergebnis 2015 ist etwas günstiger ausgefallen als zunächst geplant, da die Personalausgaben durch einen Personalausfall vorübergehend reduziert werden konnten.

Gegenüber dem Jahr 2012 konnte in 2016 nach derzeitigem Stand ein Konsolidierungsbetrag von 7.000 Euro erzielt werden, allerdings ist noch die Schlussabrechnung für das Jahr 2015 zu erwarten, sodass davon auszugehen ist, dass das reduzierte Konsolidierungsziel für 2016 in Höhe von 16.500 Euro erreicht werden kann.

<b>18</b>	<b>Erhöhung Hundesteuer</b>
-----------	-----------------------------

Die Maßnahme ist umgesetzt. Die Mehrerträge werden in 2016 voraussichtlich leicht oberhalb der Prognose liegen.

<b>19</b>	<b>Vergnügungssteuer</b>
-----------	--------------------------

Die Maßnahme ist umgesetzt.

Die zweite Stufe der Steuererhöhung ist durch Ratsbeschluss vom 30.11.2015 mit Wirkung vom 01.01.2016 wie geplant umgesetzt worden. Ob die Mehrerträge im erforderlichen Umfang erzielt werden können, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend bewertet werden.

<b>20</b>	<b>Optimierung Straßenmanagement</b>
-----------	--------------------------------------

Auf Empfehlung der GPA.NRW soll es durch die Erstellung eines Straßenunterhaltungs- und Erneuerungsmanagements und dessen Umsetzung gelingen, den Unterhaltungsaufwand durch den Bauhof und den Umfang der Fremdvergaben zu reduzieren. Die Maßnahme ist teilweise in Verbindung mit der Maßnahme 5 zu sehen. Für die Einführung der Maßnahme ist ein längerer Vorlauf als geplant erforderlich.

Die Maßnahme sollte in der Umsetzung von der GPA.NRW begleitet werden. Dazu sollte ein Stadtteil projekthaft auf den Straßenzustand hin durch ein analytisches Meß- und Prüfverfahren begutachtet werden, um den mittelfristigen Instandsetzungsbedarf zu ermitteln und daraus sachgerecht Prioritäten abzuleiten.

Die Beauftragung der Untersuchung ist erfolgt, die Messungen werden derzeit im Ortsteil Dahle pilotmäßig durchgeführt. Ergebnisse dieser Analyse sind Anfang 2017 zu erwarten. Anschließend sollen die Wirkungen auf das gesamte Stadtgebiet dargestellt werden.

Unabhängig davon konnten die Aufwendungen für die Straßenunterhaltung durch Rationalisierung und Standardreduzierung im Haushalt 2016 um 100 Tsd. Euro im Vergleich zum Jahresergebnis 2011 reduziert werden. Eine Budgetüberschreitung ist nach heutigem Stand nicht zu erwarten.

<b>21</b>	<b>Beteiligungserlöse Mark-E</b>
-----------	----------------------------------

Die Maßnahme wurde bereits im Jahr 2015 aus dem HSP herausgenommen.

<b>22</b>	<b>Optimierung Jugendamt</b>
-----------	------------------------------

Die Maßnahme betrifft erst das Jahr 2021. Aktuell keine neue Änderung des Sachstands.

<b>23</b>	<b>Nutzungsgebühren Burg Holtzbrinck und andere städtische Einrichtungen</b>
-----------	--

Keine Änderung des Sachstands.

Für die Nutzung der Burg Holtzbrinck ist mittelfristig eine geänderte Nutzung vorgesehen (Ifd. Nr. 24). Erst nach Umsetzung des Konzepts wird ein Gebühren- und Nutzungsentgelt erhoben werden können.

Die Kompensation erfolgt in 2016 durch die neue HSP-Maßnahme „Trägerschaft Förderschule“.

<b>24</b>	<b>Umnutzungskonzept Burg Holtzbrinck / Reformierte Kirche</b>
-----------	--

Im Rahmen der Fortführung der Stadtentwicklung ist die Schaffung eines "Zentrums der Begegnung" vorgesehen. Dazu sollen die Burg Holtzbrinck (Stadt) und die Ref. Kirche (Ev. Kirchengemeinde) in ein gemeinsames Nutzungskonzept gebracht und teilweise privatisiert werden. Für die Maßnahmen zur Umnutzung der Burg Holtzbrinck wurden Förderanträge gestellt und positiv entschieden. In 2016 fanden Planungsarbeiten statt. Die Umbauarbeiten werden sich über das komplette Jahr 2017 erstrecken (Neubau Sanitäranlagen, Einbau eines behindertengerechten Aufzugs, Schaffung eines Cateringbereichs etc.).

Aus der Umnutzung der Burg Holtzbrinck sind Miet- oder Pachteinahmen zu erwarten. Der Einbau einer neuen Heizungsanlage soll die Bewirtschaftungskosten deutlich senken (Einspareffekt rd. 4.000 Euro).

Konsolidierungseffekte sind nicht vor Abschluss der ersten Umbauarbeiten zu erwarten. Die Effekte sind noch nicht in die Finanzplanung übernommen.

<b>25</b>	<b>Straßenreinigung/Winterdienst</b>
-----------	--------------------------------------

Der Sachstand ist weitgehend unverändert. Der städt. Anteil an der Straßenreinigung wurde von der GPA.NRW als überdurchschnittlich hoch festgestellt. So wurden 2011 im Sommerdienst bei Aufwendungen i.H.v. 297 Tsd. Euro lediglich 196 Tsd. Euro durch Gebührenerträge und Kostenerstattungen gedeckt. Eine Aufwandsreduzierung wird durch den Abbau von Standards erwartet.

Der städt. Anteil am Winterdienst konnte ggü. 318 Tsd. Euro (2012) auf 255 Tsd. Euro (2016) zurückgeführt werden, sodass der Konsolidierungseffekt von 10 Tsd. Euro schon mehr als erfüllt ist. Das hängt zum einen mit milden Wintern in den letzten Jahren (JE 2015 [Zuschussbedarf]: 104 Tsd. Euro) zusammen.

Weitere Effekte werden sich durch die teilweise Privatisierung von Streustrecken im Winter 2016/2017 ergeben. Hier wurde ein weiterer Streubezirk übertragen. Ein Handstreubezirk konnte ebenfalls privatisiert werden.

Eine Neubewertung der Maßnahme soll nach einem „strengen Winter“ vorgenommen werden.

<b>26</b>	<b>Entlastung Soziallasten (erhöhter Anteil an der Umsatzsteuer)</b>
-----------	--

Zur Entlastung der kommunalen Finanzen erhielten die Kommunen vom Bund in den Jahren 2015 und 2016 eine 1 Mrd. Euro, davon gehen rd. 500 Mio. Euro in die erhöhte Beteiligung an der Umsatzsteuer. Dieser Betrag wurde für 2017 nochmals erhöht und für die Folgejahre festgeschrieben worden.

Die Entlastungseffekte wurden für das Jahr 2016 im Haushalt berücksichtigt und sind entsprechend zur Auszahlung gekommen.

<b>.27</b>	<b>Entlastung Einheitslastenabrechnungsgesetz</b>
------------	---

Die Maßnahme ist entfallen.

<b>28</b>	<b>Grundsteuer B - Erhöhung auf 766 v.H. (2015) und 910 v.H. (2016 ff.)</b>
-----------	---

Der Beschluss wurde durch den Beauftragten vorgenommen und in der Fortschreibung des HSP entsprechend berücksichtigt. Die Maßnahme wurde durch den Beschluss zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2016 wie geplant umgesetzt.

Der Konsolidierungseffekt ist etwas geringer ausgefallen als erwartet, da u.a einige Objekte der Baugesellschaft wegen Abriss aus der Besteuerung genommen wurden.

<b>29</b>	<b>Gewerbesteuer - Erhöhung auf 445 v.H. (2015) und 480 v.H. (2016ff.)</b>
-----------	--

Der Beschluss wurde durch den Beauftragten vorgenommen und in der Fortschreibung des HSP entsprechend berücksichtigt. Die Maßnahme wurde durch den Beschluss zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2016 wie geplant umgesetzt.

Der Planwert wurde mit Haushaltsbeschluss des Rates auf 9,13 Mio. Euro für 2016 festgesetzt. Hier konnte nach dem vorläufigen Stand ein Plus von rd. 200 Tsd. Euro gegenüber der Prognose erzielt werden.

<b>30</b>	<b>Schließung KiTa Nettenscheid</b>
-----------	-------------------------------------

Keine Änderung des Sachstands. Die Maßnahme ist durch die Schließung des Kindergartens Mitte 2014 umgesetzt.

<b>31</b>	<b>Verbesserung der Liquiditätssituation (Reduzierung Zinsaufwand)</b>
-----------	--

Im Jahr 2016 hat das günstige Zinsumfeld weiter angedauert und lag in weiten Phasen unterhalb der Prognose bei Aufstellung des Haushalts 2016. Zudem hat sich die Liquiditätssituation u.a. durch höhere Steuererträge gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert.

Eine abschließende Bewertung kann aber erst am Ende des Jahres vorgenommen werden.

<b>32</b>	<b>Übertragung Schulträgerschaft Förderschule</b>
-----------	---

Kein neuer Sachstand.

Die Trägerschaft für den Schulbetrieb wurde zum Schuljahr 2015/2016 auf den Märkischen Kreis übertragen. Das Gebäude wird durch den neuen Schulträger genutzt. Das Personal wurde abgeordnet.

Die Entlastungseffekte sind im Haushalt 2016 vollständig berücksichtigt.

<b>33</b>	<b>Erhöhung Grundsteuer A</b>
-----------	-------------------------------

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung hat die GPA die Erhöhung der Grundsteuer A empfohlen. Der erwartete Konsolidierungseffekt von ca. 8 Tsd. Euro wird voraussichtlich nicht vollständig erreicht.

*gez. Kemper*  
-Stadtkämmerer-